einer geordneten Finanzpolitik die Abdeckung des erkennbaren Defizits unbedingt verlange, wenn der Kredit Deutschlands nicht schweren Schaden leiden solle. Eine Erhöhung der indirekten Steuern oder eine Neueinführung solcher sei wenn überhaupt nur in bescheidenem Rahmen möglich, weil von einem solchen Vorgehen eher Mindererträgnisse als Mehrerträgnisse zu erwarten seien. Eine neue Belastung der Wirtschaft durch unmittelbar sie treffende direkte Steuern sei wegen der schon bestehenden Überlastung der Wirtschaft ohne sachlichen Ausgleich unmöglich. So sei der Gedanke entstanden, die Festbesoldeten zu einer „Reichshilfe" heranzuziehen, nachdem man den Etat, soweit es noch möglich sei, verkürzt habe. Dieser Entschluß sei für ihn schließlich nur tragbar gewesen, weil diese Reichshilfe nur ein Teil eines großen Programms sei, dessen Endziel die Überwindung der schweren Depression bilde, unter der die deutsche Wirtschaft leide und die sich in der riesenhaften Ziffer von Arbeitslosen äußere.

Dieses Gesamtprogramm müsse darauf hinauslaufen, auf der ganzen Linie zu einer sparsameren Wirtschaft zu gelangen. Daher die Vorschläge zur Verringerung des Beamtenapparates und der Reform der Verwaltung, die im engen Zusammenhang mit den Vorschlägen zur Reichsfinanzreform gebracht werden sollen. Daher die Vorschläge zur Reform der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, die nur die erste Etappe auf dem Wege einer großen Reform der Sozialversicherung überhaupt sein könne. Daher auch die Notwendigkeit, das Lohnproblem als solches anzugreifen. Die Regierung habe gezeigt, daß sie durchaus gewillt sei, in dieser Frage Ernst zu machen. Das zeige die Verbindlichkeitserklärung des Oetzhausener Schiedsspruches. Es müsse der Versuch gemacht werden, auf dem ganzen Gebiet der Produktion zu einer Senkung der Löhne und Preise zu gelangen. Die Regierung werde alles, was in ihren Kräften stehe, tun, um dieses Ziel zu erreichen. In diesem Zusammenhang könne dann aber auch nicht an den größten Ausgabenkosten, den Gehältern, vorbeigegangen werden. Es handle sich deshalb nicht um ein einseitiges Notopfer, das von einer bestimmten Gruppe verlangt werde, sondern um einen Versuch, in Wirtschaft und Verwaltung die Ausgaben zu senken und damit auch zu einer Senkung des Preisniveaus zu gelangen. Unter diesem Gesichtspunkt einer gemeinsamen Aktion und einer Auswirkung auf die Kreise halte er das Vorgehen der Reichsregierung für tragbar. Lehne man es ab, so bleibe nur die Möglichkeit, entweder den Etat ungedeckt zu lassen oder zu Steuern zu greifen, die produktionshemmend seien, wie es der Vorschlag etwa der sozialdemokratischen Fraktion zeige.

Der zweite Tag der Weltkraftkonferenz.

Berlin, 18. Juni.

Der zweite Tag der Weltkraftkonferenz begann gestern vormittag mit der Fortsetzung der wissenschaftlichen Fachsitzungen. Mittags folgte im Theatersaal der Krollopper der zweite allgemeine Hauptvortrag, den Professor Dr. Serruys-Frankreich über die neuen Formen der Rationalisierung hielt. An Stelle des durch eine leichte Erkrankung verhinderten französischen Botschafters de Margerie verlas Botschaftsrat Goerlet die einführenden Worte des Botschafters, der darin im besonderen das Interesse Frankreichs an der Weltwirtschaftskonferenz zum Ausdruck brachte und unter Hinweis auf die Genfer Bemühungen um internationale Zusammenarbeit für die Bestrebungen der Praxis eintrat.

Rededuell zwischen dem Reichsinnenminister und dem thüringischen Minister Dr. Frick im Reichstag.

177. Sitzung am 17. Juni.

Die zweite Beratung des

Haushalts des Reichsinnenministeriums

wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Lindorff (D. Vp.) beschäftigt sich mit dem Problem der Überfüllung der Universitäten. Es sei jetzt so weit, daß im Jahre 1934 mit 324 000 stellenlosen Akademikern zu rechnen sei. Im Konflikt mit Thüringen billigen wir durchaus das Vorgehen des Ministers Dr. Wirth. Nationalsozialisten gehören nach ihrer ganzen politischen Einstellung nicht an leitende Beamtenposten. (Abg. Stöhr [Nat.-Soz.] erhält wegen unparlamentarischer Zurufe zwei Ordnungsrufe.) Keine Reichsgewalt kann es sich gefallen lassen, daß in der Weise mit ihr Schindluder getrieben wird, wie es in Thüringen geschehen ist. Der Frickische Erlaß über die Schulgebete war eine Blasphemie. (Große Unruhe bei den Nat.-Soz. — Abg. Stöhr wird vom Präsidenten aus dem Saale gewiesen, als er ruft: „Das ist zum Kotzen!") Der bedauerliche Konflikt mit Thüringen beweist die Notwendigkeit einer Beschleunigung der Reichsreform, die Schluß macht mit der Selbständigkeit der Einzelstaaten. — Der Redner wendet sich dann gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Spahn, ersucht aber gleichfalls um Aufhebung des Stahlhelmverbots im Westen. Die Uniformverbote seien zu begrüßen, die Durchführung des Waffenverbotes müsse noch energischer erfolgen als bisher. — Für die Wahlreform sei nur entscheidend die Frage, ob man den Proporz beibehalten will oder nicht. Bleibt der Proporz bestehen, dann bleibt im wesentlichen alles beim alten. Wir als kleinere Partei halten am Proporz fest. Wir hoffen, daß uns eine Reichstagsauflösung erspart wird. Sie wäre zu vergleichen mit einem Selbstmord aus Angst vor dem Tode, denn der aus den Neuwahlen hervorgehende Reichstag würde auch nicht arbeitsfähiger sein als der jetzige. Meine Freunde lehnen das Notopfer ab, sind aber bereit, an allen anderen Lösungen positiv mitzuarbeiten, und sie werden hier wie immer das Vaterland über die Parteien stellen. (Beifall b. d. D. Vp.)

Abg. Dr. Breitscheid (W.-P.): Wir bedauern, daß man jetzt von „Notopfer" und „Reichshilfe" spricht, statt das Kind beim rechten Namen zu nennen. Es ist doch so, daß wir seit 1927 Ausgaben beschlossen haben, die wir heute nicht mehr aufrechterhalten können. Dazu gehört auch die Beamtenbesoldungsreform. Die Ankurbelung der Wirtschaft darf nicht mit Lohnabbau beginnen, sondern mit einem Abbau der Gestehungskosten. Wenn das Wahlalter auf 24 Jahre heraufgesetzt wird, dann wird erstens die Zahl der Mandate auf ein vernünftiges Maß vermindert, und zweitens kann sich dann der Nationalsozialist Dr. Frick seine Wähler mit der Laterne suchen. Zur Reichsreform werden wir ganz von selbst kommen unter dem Druck der wirtschaftlichen Not. Ich trauere dem alten System nicht nach, aber das Gute aus diesem System wollen wir in den neuen Staat übernehmen, die Förderung der Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit des Staatsbürgers. Wir müssen die Ausgaben senken, dazu gehört auch eine Änderung des Besoldungsgesetzes. Wir müssen vorgehen gegen die Doppelverdiener, gegen die hohen Pensionen, gegen die übermäßig hohen Gehälter und gegen den Unfug der Ministerialzulagen. Wir verlangen auch eine Herabsetzung der Aufwandentschädigungen für die Abgeordneten. Wir bekennen uns zur Republik, aber nicht zur sozialistischen, sondern zur bürgerlichen! (Beifall b. d. Wirtschp.).

Abg. D. Mumm (Christl. Nat.) bedauert die Zuspitzung des Konfliktes mit Thüringen. Der Schulgebeterlaß ist zwar nach Anhörung, aber nicht im Einvernehmen mit der Kirchenvertretung herausgegangen. Einige der empfohlenen Gebete sind mit dem Geist der christlichen Religion nicht vereinbar. Das Schulgesetz bedarf sorgfältiger Vorbereitung, aber es darf nicht aus finanziellen Gründen verzögert werden. Der bedenkliche Geburtenrückgang sollte dazu führen, daß den kinderreichen Familien größere steuerliche Erleichterungen gewährt werden. Die Überfeinerung des Berechtigungswesens muß aufhören. Hinsichtlich des „Stahlhelmverbots" kommen wir hoffentlich bald auf dem Wege ruhiger Verhandlung zu einer befriedigenden Lösung. Wir wünschen die beschleunigte Vorlegung des Reichstheatergesetzes. Beim Rundfunk wende ich mich dagegen, daß Weltanschauungen zum Wort kommen, die ich bekämpfe, aber ich bedaure die Seichtheit, die undeutsche Art eines so großen Prozentsatzes der Darbietungen. Wir wollen nicht die Wiederherstellung einer Staatskirche, sondern eine klare Unterscheidung zwischen den Aufgaben des Staates und der religiösen Gemeinde.

Abg. Leicht (Bayr. Vp.): In der Frage des Konflikts mit Thüringen können wir uns dem Abg. v. Lindorff anschließen. In das christliche Gebet darf eine politische Partei nicht hineinreden. In das Gebet darf man auch nicht die Verurteilung ganzer Volksgruppen einflechten. Das Uniformverbot muß allgemein durchgeführt, der Schutz der Wahlversammlungen verbessert werden.

Abg. Dr. Külz (Dem.): Der Minister hatte die Pflicht, die Polizeizuschüsse an Thüringen zu sperren. Ein Nationalsozialist kann unmöglich als leitender Polizeibeamter wirken. Vom Standpunkt eines deutschen Ehrenmannes und Beamten ist es unmöglich, daß derselbe Mann, der sich als Todfeind des Staates bekennt, gleichzeitig als Schützer der Ordnung dieses Staates auftritt. Die Reichsreform muß endlich energisch in Angriff genommen werden. Wir müssen zum dezentralisierten Einheitsstaat kommen. Wir wollen auch eine Wahlreform mit dem Ziel, daß die Persönlichkeit im verkleinerten Wahlkreis sich ihr Mandat erkämpfen muß. Wir verlangen Toleranz und Achtung vor jeder Weltanschauung. Darum wenden wir uns auch gegen den Schulgebet-Erlaß.

Abg. Dr. Frick (Natsoz.): Der Streit Thüringen–Reich ist von den beiden letzten Innenministern zur Groteske gemacht worden. Wenn wir die Sperrung der Polizeizuschüsse mit derselben Methode erwidern wollten, dann könnten wir die thüringischen Finanzämter anweisen, keine Gelder mehr an das Reich abzuführen. (Lachen links.) Severings Schreiben wegen der Verwendung „Adler und Falken" wurde vom thüringischen Gesamtkabinett als ein unzulässiger Eingriff in die Landeszuständigkeit betrachtet und behandelt. (Hört, hört!) Als dann Dr. Wirth Innenminister wurde, überzeugte er sich, daß in Thüringen alles in bester Ordnung sei. (Gelächter und Widerspruch.) Beim ersten Ausbruch des Konflikts war in der Thüringer Polizei noch nicht das geringste geändert. (Hört, hört! bei den Natsoz.) Als dann auf Anordnung der Entente die Kommunalpolizei in den größeren Städten verstaatlicht werden mußte, habe ich bei der Auswahl der leitenden Beamten nicht nach dem Parteibuch gefragt, sondern nach der dienstlichen Betätigung. Weil einer dieser Beamten Nationalsozialist geworden war, wollte man seine Ernennung nicht dulden und sperrte wiederum die Polizeizuschüsse. Es ist nicht wahr, daß die Nationalsozialisten mit Gewalt die Verfassung stürzen wollen. Das wäre nicht nur ein Verbrechen, sondern eine Dummheit (Rufe links: „Und der Münchner Putsch?"). Bei der nationalen Erhebung vom November 1918 lagen die Verhältnisse ganz anders. Das war die Reaktion auf den Landesverrat von 1928. (Zwischenrufe links und rechts. — Die nationalsozialistischen Abg. Dr. Goebbels und Dreher erhalten mehrere Ordnungsrufe, ebenso der sozialdemokratische Abg. Kuhnt. — Abg. Graf zu Reventlow [Natsoz.] wird vom Vizepräsidenten Esser zur Ordnung gerufen, weil er dessen Verhandlungsführung als parteiisch bezeichnet.)

Ich habe auch die neuen leitenden Polizeibeamten verpflichtet, ihr Amt unparteiisch zu verwalten. Es widerspricht allen Grundsätzen der Verfassung, wenn man erklärt, daß ein Nationalsozialist nicht Minister werden könne. (Abg. Dr. Rosenfeld [Soz.] macht einen Zuruf. — Abg. Dr. Goebbels [Natsoz.] ruft: „Was hat der Jude zu sagen?" — Vizepräsident Esser weist daraufhin den Abg. Dr. Goebbels aus dem Saale.)

Die von mir empfohlenen Schulgebete enthalten keinen Angriff gegen irgendeine Volksschicht. Ich habe in der Erläuterung gesagt, daß sie sich gegen die art- und volksfremden Elemente richten und daß zu diesen Elementen in erster Linie die Juden gehören. (Unruhe.) Es handelt sich nicht um Haßgebete, sondern um Freiheitsgebete. (Lärm links.) Es steht fest, daß die Sozialdemokraten im Jahre 1918 Volksverrat und Landesverrat getrieben haben. (Große Unruhe bei den Soz., minutenlang anhaltender Lärm.) Der Innenminister sollte lieber gegen diese Gebete lieber gegen die schamlose Hetzpropaganda vorgehen, die vom Wolffbüro Berlin ausgeht.

Ich habe die Verfassung des Reiches und des Landes Thüringen beschworen und ich werde diesen Schwur auch halten. Ich habe aber nicht geschworen, in Thüringen Berliner Politik zu machen. Ich führe die Politik in dem neuen Geist von Weimar, wie ich ihn verstehe, im Geiste des Widerstandes gegen Verrat und Unterdrückung. (Beifallklatschen bei den Natsoz.)

Reichsinnenminister Dr. Wirth: Der Abgeordnete Dr. Frick hat nicht erwähnt, daß der thüringische Staatsminister Baum sich in sehr scharfer Form von dem Vorgehen von Dr. Frick distanziert hat. Vielleicht ist es in Thüringen so, daß der eine Minister nicht liest, was der andere gesagt hat. (Heiterkeit.) Wenn in den von Dr. Frick empfohlenen Schulgebeten Gottes Strafe für Landesverrat und Volksverrat erfleht wird, so werden die Schüler doch fragen, wie es damit steht. Der gewissenhafte Lehrer wird dann auf die verschiedenen Hochverratsfälle eingehen, und vielleicht spricht er auch davon, daß der jetzige Minister Dr. Frick wegen eines Versuchs des Hochverrats zu einem Jahr und drei Monaten Festungshaft verurteilt worden ist. (Hört, hört!) Solche Streitfragen dürfen überhaupt nicht mit dem Gebet verquickt werden. Ein evangelischer Theologe erklärt in seinem Gutachten, wenn in Frick Gebeten die Strafe Gottes für das Unrecht anderer erfleht wird, so sei das nicht evangelisch, sondern zeige einen starken Anklang an die Lehren des Alten Testaments. (Heiterkeit.) Die Art, in der die Nationalsozialisten die Disziplin in unserer kleinen Wehrmacht zu untergraben versuchen, in der sie den Reichspräsidenten beschimpfen, in der sie zum gewaltsamen Sturz der Verfassung auffordern, läßt es unmöglich erscheinen, einen leitenden Polizeiposten in die Hände eines Nationalsozialisten zu legen. Darum ist der deutsche Reichsminister verpflichtet, die Polizeizuschüsse an Thüringen zu sperren. (Beifall.)

Abg. Fröhlich-Thüringen (Soz.): Die Hakenkreuzler müssen auch Zivildienstkinder leisten. Ist das kein Gewissenszwang? Dr. Frick, der hier die Wiedererweckung des Wehrwillens preist, hat im Krieg, obwohl er durchaus feldtauglich war, in Amsterdam gesessen und den Kriegsdienst anderen überlassen. Nicht die Vertreter des thüringischen Volkes ernennen in Thüringen die Beamten, sondern Herr Hitler. Frick hat 1923 die Verbindung mit französischen Agenten hergestellt, deren Ziel die Losreißung der Rheinlande war. (Hört, hört! bei den Soz.) Einem wegen Mordes Vorbestraften will er einen Lehrstuhl in Thüringen verschaffen. Zu diesem Hochverräter haben wir kein Vertrauen.

Frau Abg. Nonhaus (Z.): Die sittlichen Zustände in den Großstädten spotten jeder Beschreibung. Das Angebot der Mädchen ist schon nachmittags so groß, daß sich die Männer durch die Hauptgeschäftsstraßen nur mit Mühe durchkämpfen können. So kann es nicht bleiben. Im Gesetz zum Schutze gegen Geschlechtskrankheiten ist nicht genug Rücksicht genommen auf

Johannes Tews.

Zu seinem siebzigsten Geburtstage.

Von Edmund Leupolt (Dresden).

Zwei aus dem Volksschullehrerstande hervorgegangene Männer sind in dem Ringen um die soziale Hebung der breiten Masse unseres Volkes als wahre Volksfreunde bekannt geworden: Adolf Damaschke, der Bodenreformer; Johannes Tews, der Volkserzieher. Während Damaschke von der Seite der ökonomischen Reform her den Lebensstandard des Volkes erhöhen, die Grundlage für seine bessere Bildung schaffen will, hat Tews seine Lebenskraft, die Kraft eines ganzen Mannes, daran gesetzt, die Volksschule zu bessern und der geistigen Not zu steuern. Von verschiedenen Gestaden herkommend, haben beide den Kiel nach jener Insel gerichtet, die man die Insel der Glücklichen nennt.

Tews feiert heute seinen 70. Geburtstag, der Schulmann und Erzieher, der Schulreformer und Neulandsucher, der Geschäftsführer und Mitorganisator der Gesellschaft für Volksbildung, das langjährige Vorstandsmitglied des Deutschen Lehrervereins, der Schriftsteller und Redner, der nur ein Großes kennt: die Arbeit.

„Arbeit und Leben" — Erinnerungen und Rückblicke überschreibt er sein letztes Buch. Dieser Titel ist kennzeichnend. Alle großen Männer sind fleißige Menschen gewesen. Tews ist der Fleißigste einer. Kein Mensch flacher Geselligkeit, kein „Vereinsmensch", hat er jederzeit eine Arbeit bewältigt, vor deren Fülle man staunen muß.

Seine Bücher zeigen die Gebiete, auf denen er grundlegend gearbeitet: „Ein Jahrhundert preußischer Schulgeschichte" (Volksschule und Volksschullehrerstand im 19. und 20. Jahrhundert) — „Grundzüge der deutschen Schulgesetzgebung" — „Ein Volk, eine Schule!" — „Die deutsche Volksschule." Dann die kleineren Werke: „Moderne Erziehung"; — „Großstadterziehung" — „Die Mutter im Hause" „Familie und Familienerziehung" — „Jugendpflege" — „Kinderarbeit" — „Konfession, Schulbildung und Erwerbstätigkeit" — „Elternabende und Elternbriefe" — „Die Mutter im Arbeiterhause."

Das zeigt die Vielseitigkeit des nimmermüden, für all die Not der Erziehung und Bildung feinhörigen Mannes. Aber die Grundbegriffe, auf die sich alles zurückführen läßt, sind doch Volksschule und Volksbildung. So steht Tews vor uns als der Schulmann, der, seit er mit zwanzig Jahren in Pommern seine Schultätigkeit begonnen, die ihn über Stettin nach Berlin führte, ein Kämpfer für Verbesserung der Volksschule, für Hebung ihrer Lehrer gewesen; als der Volkserzieher im großen, der vierzig Jahre im Dienste der über das ganze Reich sich erstreckenden Gesellschaft für Volksbildung gestanden und im fernsten, tiefsten Tal für die Linderung der geistigen Not, der Bildungsnot, eingetreten.

So steht Tews in enger Verbindung mit dem Deutschen Lehrerverein, dessen Vorstandsmitglied er Jahrzehnte gewesen. Auf allen deutschen Lehrerversammlungen erscheint der Pommer Tews und hat stets das Ohr der Zuhörer. Alle Grundforderungen des Deutschen Lehrervereins hat Tews, der federkundige, mitbegründet und formuliert. Im Auftrage des Deutschen Lehrervereins schrieb er aufklärende Bücher und Broschüren. In der „Deutschen Schule", der Monatsschrift des Deutschen Lehrervereins, bestreitet er seit Jahrzehnten die „Umschau-Artikel". Er ist das lebendige Programm des Deutschen Lehrervereins.

Und doch ist er nach seinem eigenen Zeugnis kein „Vereinsmensch". Er hat seine eigene Stellung im Kampfe. Er braucht freies Gelände um sich. Er macht auch nicht alle Wandlungen mit, die die Lehrervereinspolitik seit dem Umsturz erlebte. Er hält an gewissen Grundsätzen der Erziehung unverbrüchlich fest, hat aber auch ein offenes Auge für das Neue und spricht mit begeisterten Worten von dem neuen Schulhaus, in dem er zwar nicht mehr arbeiten werde, das er aber sehnend in seinem Ausbau verfolgen werde. Auf neuen Wegen brauchen wir neue Wegweiser!

Diesem Wahlspruch folgte er auch in der Arbeit für das freie allgemeine Volksbildungswesen. Seine Organisations- und Werbetätigkeit führte ihn hin und her durch das Reich. Der tätige Pionier fand zielbewußte Gefährten und Mitarbeiter am großen Werke. Bei ihm stand Heinrich Rickert, der bekannte Führer der Freisinnigen Vereinigung im Deutschen Reichstage, als Vorsitzender der Gesellschaft für Volksbildung. Mit dem späteren Vorsitzenden, dem Prinzen Carolath, stand Tews in enger, herzlicher Verbindung. Durch sein Leben schritten die zahlreichen preußischen Kultusminister, die, ob Freund, ob Gegner der Tewsschen Volksbildungsbestrebungen, mit dem scharfen Kämpfer rechnen mußten. Denn Tews ist ein gefährlicher Gegner. Mit der scharfen Waffe der Ironie, mit einer großen Belesenheit und einem ausgezeichneten Gedächtnis ist er gut ausgerüstet. Und viele sind dem allzeit Schlagfertigen nicht gewachsen. Dabei ist er im Grunde kein Hasser. Mit einer gewissen gutmütigen Überlegenheit schaut er auf den Widersacher. Er schreibt einmal, daß ihm seine Feinde im Leben nützlicher gewesen seien als seine Freunde.

Denn über allem steht ihm die Sache. Tews ist durchdrungen von der Wahrheit der Grundforderungen, die er im Interesse der Volksbildung erhob. Ob er für einen ganz neuen Schulbau eintritt mit einer sechsjährigen Grundschule, einer dreijährigen Mittelstufe und einer dreijährigen Oberschule (darauf setzt sich dann das Studium), für die Einheitsschule und die Gemeinschaftsschule, für eine neue Lehrerbildung — immer sieht er das Grundsätzliche. Darin machen ihn auch Enttäuschungen nicht irre. Er ist zu sehr Realist, um eine schnelle Durchsetzung seiner Ideen zu erwarten. Wenn in der Welt schlechtes Wetter ist, sagt er einmal, bekommt das zuerst das Schulhaus zu spüren. Alle Widerstände, alle Hemmungen können ihm den Glauben an den Sieg des Fortschritts nicht nehmen.

Es kann auch nicht anders sein. Wer so an dem Volke arbeitet, von seinem sozialen Gewissen getrieben, wie Tews, muß an den Sieg des Guten brünstig glauben. Sonst wäre seine Arbeit ein Widerspruch in sich selbst. Und er darf nicht müde werden. Früchte auf dem Ackerland der Volkserziehung reifen langsam. Nur zähe Unermüdlichkeit und eine nie versagende Kraft können hier etwas schaffen.

Das aber sind Tews' goldene Gaben. Wir können ihm zu seinem 70. Geburtstag nichts Besseres wünschen, als daß sie ihm Gott erhalte. Nicht einen ruhigen Feierabend sollen wir ihm wünschen — Tews kann gar nicht feiern — sondern Gesundheit und — Erfolg! Wenn an dem heutigen Tage sich recht viele Deutsche an dem Werke dieses Mannes entzünden, gleich ihm dem deutschen Volke in uneigennütziger Arbeit zu dienen sich vornehmen — in dem unerschütterlichen Glauben an eine lichtere deutsche Zukunft, dann feiern wir den Geburtstag des großen, freien Kämpfers für Volksbildung erst recht, in seinem Sinne!

Neuerscheinungen in Reclams Universalbibliothek.

Jack London: Die Goldschlucht. Zwei exotische Erzählungen. Einzig berechtigte Übersetzung von Erwin Magnus. R. U.-B. Nr. 7070. Geh. 40 Pf. Geb. 80 Pf. Zwei der besten Novellen Jack Londons. Sie zeigen den Reichtum und die Spannweite seiner Natur, die den ganzen Erdball gestalterisch umfaßt und Kraft und Zartheit, Urwüchsigkeit und Sensibilität vereint.

Ernst Penzoldt: Etienne und Luise. Novelle. Neue Fassung. Mit einem autobiographischen Nachwort. R. U. B. Nr. 7010. Geh. 40 Pf. Geb. 80 Pf. Dies Büchlein hat schon eine Geschichte. Es ist hier nach seinem ersten Erscheinen bereits gewürdigt worden. Dann hat ein Beleidigungsprozeß zu seinem Verbot geführt. Nun liegt eine neue Fassung vor, zu welcher der Verfasser folgende Bemerkungen macht. Die Fabel der ernsten und nachdenklichen Liebesgeschichte von Etienne und Luise gehört zu den Urthemen, auf die sich im Grunde